

Personal: Muss man die Diskrepanzen verstehen?

Südbaden / Freiburg. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) blickt ohne Verständnis auf die Personalpolitik des Landes Baden-Württemberg im Bildungsbereich. Nadine Possinger, Geschäftsführerin des VBE Südbaden, stellt auch ohne Hinzuziehung von Zahlen fest, dass inzwischen sogar Laien feststellen können, dass in den Schulen nicht nur ausgebildete Lehrkräfte fehlen, sondern dass regelrechte Lücken zu erkennen sind. Städte und Kommunen finden trotz einer Anzeigenschwemme in der Presse zu wenig Personal für die Kindergärten. Es ist also offensichtlich, dass der pädagogische Markt ziemlich leergefegt ist. Dennoch scheut sich die Politik nicht, immer mehr Aufgaben in die Schulen und KiTas zu verlagern, ohne die notwendigen Ressourcen als Beigabe mitzuliefern.



Nadine Possinger
VBE Südbaden
Geschäftsführerin

Im Schulbereich hilft man sich durch eine vereinfachte Einstellung von Personen ohne Lehrbefähigung (PoL) -früher „Nichterfüller“- wobei die Politik sich ausmalen kann, dass dadurch automatisch Qualitätseinschränkungen zu Tage treten. Die Klassen sind damit auf dem Papier mathematisch versorgt. Sind sie das aber auch pädagogisch?

In den Kindergärten besteht seit 10 Jahren ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen in diesem Jahr 57.600 Kitaplätze in Baden-Württemberg und 16.800 Fachkräfte.

Wen wundert es, dass sich die Anzahl der klagenden Elternteile im vergangenen Jahr verdoppelt hat? Wenn das MKS dazu verlauten lässt: *“Das Kultusministerium hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um das Problem in den Griff zu bekommen.“*, dann würde der VBE gerne konkreter wissen, welche Maßnahmen hier die Personalmisere beenden sollen.

Gerne vergisst die Politik immer wieder, dass es umso mehr Personal braucht, je individueller der Schulbetrieb gestaltet werden soll und muss. Nadine Possinger verweist nicht nur auf die Flüchtlingswelle, Inklusion und die gewollte Vielfalt in den Klassen. Die Geschäftsführerin des VBE Südbaden stellt fest, dass es genügend -auch deutsche- Schülerinnen und Schüler gibt, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind und somit ab dem Kindergarten bis in die Sekundarstufe I mehr Unterstützung in der sprachlichen Entwicklung bräuchten.

Der VBE könne angesichts der offensichtlichen Probleme nicht verstehen, dass ein angestrebter schlanker öffentlicher Dienst hier der Problemlöser für eine zunehmend problem-belastetere Gesellschaft sein soll. Auch wenn es die Politik anders sehen sollte: Wir brauchen viel mehr ausgebildetes Personal.